

Faire Arbeit für Migrant*innen

Migrant*innen tragen wesentlich zu Deutschlands wirtschaftlichen Wohlstand bei. Das war schon immer so. Das Wirtschaftswunder wäre nicht ohne Gastarbeiter*innen möglich gewesen. Und auch die DDR war auf Vertragsarbeiter*innen angewiesen. Heute sind es Migrant*innen, die in systemrelevanten Berufen überproportional vertreten sind. Ohne sie gäbe es keine gefüllten Regale in den Supermärkten und kein funktionierendes Gesundheitssystem. Gerade in den Zeiten der Pandemie rücken auch prekäre, stark durch Beschäftigte mit Migrationsgeschichte geprägte Beschäftigungsbereiche z.B. in Fleischindustrie, Landwirtschaft und Pflege stärker in den Fokus.

Migrant*innen leisten einen essenziellen Beitrag für unsere Gesellschaft. Gleichzeitig sind sie vulnerabel, wenn es um ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen geht. Das war schon vor Corona eine Herausforderung – jetzt ist es für viele ein existenzielles Problem. Denn nicht nur das Risiko einer Infektion mit dem Virus ist insbesondere bei Geflüchteten etwa aufgrund von Wohn- und Arbeitsverhältnissen überdurchschnittlich hoch. Sie sind auch von den Folgen der Corona-Rezession besonders schwer betroffen: Der Beschäftigungsrückgang war bei Arbeitnehmer*innen aus den Asylherkunftsstaaten um ein dreifaches höher als bei deutschen Arbeitnehmer*innen. In Helferberufen ist die Arbeitslosigkeit von Geflüchteten um 20% gestiegen¹.

Die Beratungsstellen des DGB melden eine Verdoppelung des Beratungsbedarfes. Dominante Themen sind unzulässige und unbegründete Kündigungen sowie Ausbeutung im Rahmen von Kurzarbeit. Manche Arbeitgeber*innen nutzen die Lage ihrer Angestellten schamlos aus. Unkenntnis der Gesetze, Loyalität zum Corona-gebeutelten Unternehmen und aufenthaltsrechtliche Abhängigkeiten sind Gründe dafür. Dazu kommt, dass Migrant*innen häufiger in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind und geringere Betriebszugehörigkeiten aufweisen. Insbesondere Geflüchtete, die um 2015 nach Deutschland gekommen sind und deren Integration in den Arbeitsmarkt gut vorangeschritten ist, sind betroffen. Wir riskieren derzeit, die Erfolge der letzten Jahre zunichte zu machen.

Dieses Positionspapier nimmt faire Arbeit für Migrant*innen insbesondere unter den Herausforderungen der Corona-Pandemie in den Blick. Als SPD-Bundestagsfraktion streben wir ein gutes Zusammenleben aller Menschen in Deutschland an. Im Kern geht es um gleiche Chancen für alle – unabhängig von ihrer Herkunft.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass

- **Beratungsstellen strukturell gestärkt werden.** Die finanziellen und personellen Kapazitäten von Beratungsstellen für Migrant*innen müssen weiter erhöht werden. Online-Beratungen können das persönliche Gespräch ergänzen, aber niemals ersetzen. Deshalb müssen Migrationsberatungsstellen (MBEs) und das Projekt Faire Integration weiter gestärkt werden. Ein Vorbild kann dabei die im Arbeitnehmer-Entsendegesetz geregelte Verstetigung des DGB-Beratungsnetzwerkes Faire Mobilität sein.

¹ 2020 IAB-Forschungsbericht: Fünf Jahre „Wir schaffen das“ – Eine Bilanz aus der Perspektive des Arbeitsmarktes.

Außerdem sollen die Beratungsstellen dabei unterstützt werden, mit Einverständnis der Betroffenen anonymisiert Daten zum Thema Diskriminierung am Arbeitsmarkt zu erheben. So können Diskriminierungsmechanismen sichtbar gemacht und bekämpft werden.

- **Arbeitsagenturen mehrsprachig werden.** Informationsmaterialien zum Arbeitsmarktzugang müssen in den Hauptherkunftssprachen und online zur Verfügung gestellt werden.
- **Arbeitsagenturen fokussiert beraten.** Die Arbeitsbelastung der BA ist durch die Abrechnung der Kurzarbeit und die steigende Arbeitslosigkeit enorm. Persönliche Beratung sollte daher unter Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes der BA-Mitarbeitenden gezielt für Geringqualifizierte und Neuzugewanderte angeboten werden.
- **Sprachmittlungsleistungen einfacher abgerechnet werden können.** Es braucht eine gesetzliche Regelung für die Finanzierung von Sprachmittlung bei der Inanspruchnahme von Beratung und anderen sozialen Leistungen.
- **Sprachkurse digitalisiert werden.** Sprachkompetenz ist ein essentieller Baustein für die Stärkung der Verhandlungsposition von Migrant*innen auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb muss der Ausbau der digitalen und hybriden Sprachförderangebote durch das BAMF über den Zeitraum der Pandemie hinweg verstetigt werden. Die Nutzung der Angebote muss durch Bereitstellung entsprechender Hardware und Datenvolumen gewährleistet werden.
- **der Arbeitgeberwechsel erleichtert wird.** Kündigungsmöglichkeiten bei schlechten Arbeitsbedingungen müssen abgesichert werden, ohne dass dies den Aufenthalt gefährdet. In der aktuellen Situation muss von Aufenthaltsbeendigungen infolge von betriebsbedingten Kündigungen abgesehen werden.
- **Weiterbildungen gefördert werden.** Wir müssen aus der Krise eine Chance machen und Betroffene gezielt in Richtung Weiterbildung beraten. Dazu gehört auch die Beratung zu Grundbildungsangeboten, um einen Beschäftigungszugang sicherzustellen. Hierzu wollen wir einen Weiterbildungsbonus einführen, damit es sich Familien (unabhängig von ihrer Herkunft) leisten können, eine längere Weiterbildung zu machen.
- **Blacklisting verboten wird.** Nicht-Einstellungs-Listen, die oft von Arbeitgeber*innen in der Arbeitnehmerüberlassung und Zustellungsbranche genutzt werden, sollen als unzulässige Instrumente eingestuft werden.
- **Vermittlungsagenturen reguliert werden.** Die Arbeitnehmer*innen sollen vor den willkürlichen Änderungen der Arbeitsbedingungen infolge der Absprachen zwischen den Vermittlern und Arbeitgebern nach der Arbeitsaufnahme geschützt werden. Die Kooperation der BA als Aufsichtsorgan für die Überprüfung der Arbeitsbedingungen mit den Migrationsberatungen soll ausgebaut werden. Die Arbeitsbedingungen sollen regelmäßig überprüft werden.
- **Wanderarbeiter*innen in der Pflege gestärkt werden.** Insbesondere die von Wanderarbeiter*innen ausgeübte 24-Stunden-Betreuung muss bspw. mithilfe einheitlicher Qualitätsstandards reguliert werden.

Grundsätzlich muss die Fachkräftegewinnung im Gesundheitssektor auf Basis des globalen Verhaltenskodex' der WHO für die internationale Anwerbung von Gesundheitsfachkräften geschehen.

- **Für Ausbeutung anfällige Branchen weiterhin stärker reguliert werden.** Das Arbeitsschutzkontrollgesetz gegen Ausbeutung in der Fleischbranche ist ein riesiger Schritt in die richtige Richtung.
- **Angebote der Kinderbetreuung flexibel gestaltet werden.** Das entlastet Frauen, die im Schichtdienst arbeiten bzw. ermöglicht ihnen den Einstieg in den Schichtdienst.
- **Es stärker als bisher interkulturelles Training und Sensibilisierung** für Behörden, Arbeitgeber und Betriebsräte gibt.
- **Unbegleitet eingereiste Jugendliche (umF) auch nach dem 18. Geburtstag Angebote der Jugendhilfe** insbesondere begleitete Wohnformen in Anspruch nehmen können, um schulische und berufliche Ausbildungen in sicherem Rahmen abzuschließen.